
*****PRESSEMITTEILUNG*****

Donnerstag, 3. Mai 2012

Sind Vermögenssteuern tatsächlich wachstumsfreundlich?

Betrachtet man die österreichische Steuerstruktur und vergleicht sie mit den empirischen Ergebnissen über die Wachstumseffekte einzelner Steuerkategorien, dann sieht man, dass Österreich hier eine eher nachteilige Struktur aufweist. Abgaben auf das Einkommen (Sozialversicherungsbeiträge, Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer etc.) tragen wesentlich zum Abgabenaufkommen bei. Nachdem diese Kategorie besonders wachstumshemmend ist, ist eine Strukturreform angeraten. Dabei werden häufig höhere Vermögenssteuern als Alternative diskutiert. In diesem Zusammenhang ist aber zu berücksichtigen, dass einzelne Kategorien von Steuern auf das Vermögen sehr unterschiedlich wirken. Nach jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen würden sich Steuern auf Grund und Boden als Anknüpfungspunkt anbieten. Bedingt durch die derzeitige Problematik mit der Einheitswertbestimmung und den verfassungsrechtlichen Bedenken ist eine Reform in diesem Bereich ohnehin notwendig. Als sinnvoll könnte sich erweisen, die Besteuerung lediglich auf den Grund abzustellen, Gebäude jedoch auszunehmen. Dies würde die Anreize erhöhen Grundstücke effizienter zu nutzen und eine Nichtnutzung damit unattraktiver wird.

Von einer zusätzlichen Besteuerung von finanziellen Vermögenswerten ist aus Sicht von EcoAustria abzuraten. Bereits derzeit werden Erträge aus Unternehmensinvestitionen mit knapp 44 Prozent (Körperschaft- und Kapitalertragsteuer) besteuert. Auch die Ergebnisse empirischer Untersuchungen und eine Analyse der Europäischen Kommission zeigen, dass von einer Veränderung der Abgabenstruktur in Richtung Vermögensteuern mit Ausnahme der Grundsteuer keine Wachstumseffekte zu erwarten sind. Gegeben, dass österreichische Unternehmen bereits jetzt sehr stark auf Fremdkapitalfinanzierung abstellen, würde eine höhere Besteuerung finanzieller Vermögenswerte zusätzliche Rationalisierungen erfordern. Diesen Pfad, der Belastung von Grund und Boden, haben auch jene Länder eingeschlagen, welche ein vergleichbar hohes Aufkommen aus Vermögensteuern erzielen (Kanada, Frankreich, Großbritannien oder die USA – siehe Tabellen 1 und 2). Zur Verbesserung der Steuerstruktur könnte man eine etwas höhere Besteuerung bei umweltschädlichen Aktivitäten vorsehen, wobei natürlich auf die Problematik der Standortattraktivität Rücksicht zu nehmen ist.

Die Abgabenquote in Österreich ist vergleichsweise hoch (siehe Abbildung 1). Eine Veränderung der Steuerstruktur kann daher auch über eine Reduktion dieser Quote erreicht werden. Gegeben die Konsolidierungsnotwendigkeiten ist dies derzeit jedoch kaum möglich. Mittel- bis längerfristig sollte sich jedoch ein Spielraum ergeben, der dazu genutzt werden kann, um eine Reduktion der Belastung der Einkommen herbeizuführen und somit eine Verbesserung der Steuerstruktur zu erreichen.